

Bonn, Montag 9. November 1970

Sprecher: Amrehn, Barzel, Dregger, Hasselmann, Heck, Kaltefleiter, Katzer, Kiesinger, Kohl, Schmücker, Schwarz-Schilling, Stoltenberg.

Ergebnis der Landtagswahl in Hessen. Politische Lage. Antrag der Mittelstandsvereinigung auf Gewährung eines Zuschusses für den Mittelstandskongreß. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 15.45 Uhr

ERGEBNIS DER LANDTAGSWAHL IN HESSEN

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstands und ergreife die Gelegenheit, vor allen Dingen zwei Herren unter uns recht herzlich zu gratulieren. Zunächst einmal Herrn Dr. Dregger für den großartigen Erfolg der CDU in Hessen und zweitens Herrn Ministerpräsident Dr. Kohl für den eindrucksvollen Erfolg der CDU bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz.¹ (*Beifall.*) Beide Herren werden uns jetzt von ihrem Standpunkt aus einen Situationsbericht geben. Ich darf zuerst Herrn Dr. Dregger bitten.

Dregger: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte meinen Bericht beginnen mit einem Dank an die Bundespartei und an die anderen Landesverbände. Wir sind noch nie so unterstützt worden wie in diesem Wahlkampf. Das gilt zunächst vom Technischen her von der Bundesgeschäftsstelle, das gilt für den Rednereinsatz. Ich möchte auch hier einen Namen nennen, nämlich den Bundesvorsitzenden, der allein 80 Veranstaltungen durchgeführt hat, was ja schon rein physisch eine ungewöhnliche Leistung war, der aber außerdem einen solchen Zustrom auf seinen Veranstaltungen gehabt hat, der nicht erwartet war. Zum Beispiel bei Multiplikatorengesprächen sprach es sich herum, Dr. Kiesinger ist da; dann versammelte sich eine große Menschenzahl, und er konnte dann dort sprechen.

Meinen herzlichen Dank an die Fraktion und ihren Vorsitzenden, Herrn Dr. Barzel. Sie haben uns ganz vorzüglich unterstützt. Bonn war diesmal nicht ein Hindernis für uns, sondern eine große Rückenstärkung. All das, was in den letzten Tagen im Bundes-

1 Zum Ergebnis der Landtagswahl am 8. November 1970 in Hessen vgl. Nr. 2 Anm. 18. – In Rheinland-Pfalz wählten am 8. November 1970 68 von 82 Verbandsgemeinden ihre Vertretungskörperschaften. Vgl. „Mitteilungen des Landeswahlleiters von Rheinland-Pfalz“ (KW 1970/3 Bad Ems 8. November 1970); „Rheinische Post“ vom 10. November 1970 „Führungsrolle der CDU in Rheinland-Pfalz bestätigt“.

tag geschehen ist, wirkte sich zu unserem Vorteil aus.² Herr Dr. Barzel hat selbst auch sehr bemerkenswerte Versammlungen in Hessen gehabt. Aber das gilt nicht nur für diese beiden Herren, sondern weit darüber hinaus.

Landespolitisch hat sich die Situation sicherlich völlig verändert. Die SPD hat eine empfindliche Niederlage erlitten. Wir haben ein Rekordergebnis erzielt, das nur noch übertroffen wird durch das Bundestagswahlergebnis von 1957. Wir haben 17 Wahlkreise unmittelbar gezogen, gegenüber vier beim letzten Mal. Wir haben in manchen Wahlkreisen, wo wir schon stark waren, hinzugewonnen – ich will meinen eigenen nicht verschweigen, ich habe von 57 % auf 65 % steigern können und damit das höchste Ergebnis eines hessischen Abgeordneten. (*Beifall.*)

Das zweite Bemerkenswerte ist aber die Tatsache, daß die FDP sich gehalten hat. Die NPD ist verschwunden. Es ist also zur Zeit so, das Hessen zwei große Parteien hat, dazu die FDP. Es ist jetzt rechnerisch möglich, daß die Regierung auch von der CDU gebildet werden könnte, zum ersten Male, während es bisher immer nur mit der SPD möglich gewesen war. Die FDP hat sich bereits im Juli festgelegt und hat das erneut bestätigt. Politisch ist das nicht drin. Aber die Tatsache, daß es rechnerisch möglich ist, ist eine neue Situation in Hessen. Wir werden jetzt die einzige Opposition sein, während es bisher so war, daß die SPD 51 % der Stimmen hatte, daß wir als stärkste Oppositionspartei nur 26 % der Stimmen hatten – wir sind jetzt nahezu bei 40 % – und neben uns noch FDP und NPD vorhanden waren. Die Tatsache, daß wir jetzt die einzige Opposition sind, ist natürlich für die Zukunft eine gute Ausgangslage.

Nun zur bundespolitischen Auswertung: Dieses FDP-Ergebnis ist sicherlich bemerkenswert. Die Hoffnung auf den Zerfall der FDP ist etwas gedämpft worden durch dieses Ergebnis. Trotzdem können wir – so meine ich – von einer Niederlage der Bonner Koalition sprechen, denn wir haben unser Bundestagswahlergebnis übertroffen, genauso wie im Saarland, in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen.³ Und wenn dieses Ergebnis in allen Bundesländern so ausfallen wird – woran ich nicht zweifle –, dann würde die CDU/CSU eine klare absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag haben. Es steht also fest, daß die Regierung Brandt/Scheel gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes zur Zeit regiert. Und ich glaube, darauf sollten wir unsere bundespolitischen Stellungnahmen abzielen. Wir haben vielleicht die Sache etwas zu sehr auf die FDP fixiert. Wir werden jetzt das Gesamtergebnis und insbesondere unser eigenes Ergebnis herausstellen. Die Landespartei selbst hat sich natürlich sehr engagiert. Es hat sich als nützlich erwiesen, daß wir auch personell eine Alternative angeboten haben zur Landesregierung erstmalig. Und ich glaube, wir können sagen, daß wir auch in Hessen regierungsfähig sind. Nochmals meinen allerherzlichsten Dank an alle Mitwirkenden und an Sie alle, meine Damen und Herren!

Kohl: Meine Damen und Herren! Die Kommunalwahlen lassen sich natürlich über-

2 Vermutlich die Bundestagssitzung vom 4. November 1970, in der es u. a. um Kindergeld, Krankenversicherung, Wohngeld ging (Sten.Ber. 6. WP 75. Sitzung S. 4133–4184).

3 Landtagswahlen am 14. Juni 1970. Vgl. Nr. 2 Anm. 18.

haupt nicht bundespolitisch einordnen, und zwar aus zwei Gründen: Erstens, weil es Kommunalwahlen sind und zweitens, weil es Nachholwahlen sind im Zusammenhang mit Verwaltungsreformproblemen.

Was gestern in Rheinland-Pfalz passiert ist – es haben fast 40 % der Wähler gewählt –, bedeutet, daß die Verwaltungsreform im Nordteil, in den alten früheren preußischen Gebieten von Rheinland-Pfalz, abgeschlossen ist. Hier sind tiefgreifende Strukturwandlungen, z. T. mit gesetzlicher Gewalt, also nicht auf Freiwilligkeitsbasis, durchgeführt worden. Wie Sie wissen, ist der wohl tiefgreifendste Einschnitt in Rheinland-Pfalz im Rahmen dieser Reform, daß wir aus rund 3.200 Gemeinden 200 politische Gemeinden machen. Das ist also jetzt vollzogen bei einer Größenordnung von rund 100. Das erste Drittel dieser 100 ist vor einem Jahr endgültig gewählt worden, das letzte Drittel, nämlich 68 Verbandsgemeinden, ist gestern gewählt worden. Wir haben eine Reihe von Kreisen zusammengelegt, es gab die reinsten Volksaufstände bei der Abschaffung von Kreisverwaltungen. Ich würde folgendes sagen zu den drei Zahlen: Wir haben jetzt im Nordteil des Landes in allen Landkreisen – auch in denen, die neu gebildet worden sind – erstmals die absolute Mehrheit. Es gibt also in den anderen Bereichen im Norden des Landes keinen einzigen Kreis mehr, der nicht eine absolute Mehrheit der CDU hat. Wir hatten, wenn ich die Städte zusammennehme, die großen kreisangehörigen Städte und die kreisfreien Städte, einen beachtlichen Zuwachs. Und wir haben in Verbandsgemeinden den wohl wichtigsten Sieg – nicht der Tagespolitik, sondern strukturell auf die Zukunft. Ich will es in Zahlen sagen: In den sechs Landkreisen hat die CDU jetzt 60 % im Durchschnitt, die SPD jetzt 31 % im Durchschnitt, die FDP jetzt 5,9 % im Durchschnitt, die Wählergemeinschaften jetzt 2,6 % im Durchschnitt.

Das ist eine klare Tendenz zum Rückgang der Wählergemeinschaften trotz Verwaltungsreform. Es ist zu befürchten, daß die natürlich einen Auftrieb bekommen. In Zahlen ausgedrückt heißt das, daß die CDU in den sechs Kreistagen, die aus insgesamt zwölf Kreisen entstanden sind, eine Zuwachsrate hat von 3,5 %, die SPD eine Zuwachsrate hat von 0,6 %, die FDP einen Verlust hat von 3,5 % – und das ist der Verlust insgesamt. Man kann davon ausgehen, daß, wenn gestern Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz gewesen wären, die FDP nicht mehr dem Landtag angehören würde. Damit haben sich die demoskopischen Prognosen, die in den letzten 14 Tagen in unserem Lande angestellt wurden, bestätigt.

Das für mich mindestens genauso erfreuliche Ergebnis ist das Ergebnis von 31 Stadtratswahlen, die in diesem Zusammenhang durch Zwangseingemeindungen usw. stattfanden. Hier hat in den Städten die CDU jetzt gleichgezogen mit der SPD. Wir haben eine Zuwachsrate von 6,5 % in 31 Städten. Wir liegen jetzt bei rund 45 % und die Sozialdemokraten bei rund 45 %. Die SPD hat eine Zuwachsrate von 2,7 %, die FDP eine Abnahme von 4,3 % und die freien Wählergemeinschaften eine Abnahme von 8,2 % im Vergleich zu den letzten Wahlen. Hier ist besonders bemerkenswert das Ergebnis der Großstadt Koblenz mit einer sehr schwierigen kommunalen Situation durch die große Garnison usw. Koblenz ist zum erstenmal um unter 100 Stimmen an die absolute Mehrheit herangekommen. Da die FDP eine Liste dort besitzt, die für uns

nicht ungünstig ist – sie hat noch drei Mandate –, ist also klar, daß wir in Koblenz sowohl in der Oberbürgermeisterfrage wie in der Stadtregierung im nächsten Jahr völlig saniert sind.

Die Ergebnisse in den 68 Verbandsgemeinden – ein Teil der 100 von den 200, von denen ich sprach – sind so, daß die CDU in 58 Gemeinden von diesen 68 die absolute Mehrheit gewonnen hat, d. h. also, wir sind in der Lage, in diesem nächsten Jahr in fast 90 % der Verbandsgemeinden den Bürgermeister für die nächsten zehn Jahre zu wählen. Wenn wir hier also eine vernünftige Personalpolitik betreiben, ist das natürlich eine langfristige Sicherung, wie wir sie uns besser nicht wünschen können.

Bemerkenswert sind noch zwei Dinge. Die ersten Auszählungen bei Sonderwahlkreisen, bei Frauen und vor allem bei Jungwählern zeigen ganz eindeutig, daß entgegen der allgemeinen Meinung, Jungwähler müßten zur SPD gehen, diese ganz eindeutig zu uns gegangen sind, nicht zuletzt wegen der Verwaltungsreform und wegen der Bereitschaft, hier mit althergebrachten Formen zu brechen. Und der zweite Punkt, den ich eigentlich für mich am höchsten werte, ist der, daß überall dort, wo wir mit ungeheuren Opfern und z. T. auch mit Brachialgewalt gegen die örtlichen Autoritäten, auch in der CDU, in den Kirchen usw., die Industrialisierung vorangetrieben haben, sich die Gleichung erfüllt hat, daß Industrialisierung in bäuerlichen Räumen zugunsten der CDU läuft, wenn sie mit flankierenden Maßnahmen verbunden ist. Wir haben hier z. T. ganz unglaubliche Steigerungsquoten erreicht zwischen 15 und 18 %. Die SPD ist beispielsweise im Bezirk Bernkastel-Wittlich in der ganz fürchterlichen Lage, daß sie trotz größter Industrieansiedlungen – hier geht es um weit über 10.000 Arbeitsplätze – Steigerungsquoten für die CDU hinnehmen mußte von über 16 % und die SPD 1 % verloren hat trotz massiver Einsätze etwa der IG Chemie in diesem Bereich. Also das, was in der CDU gelegentlich immer behauptet wird, daß Industrialisierung in bäuerlichen Räumen uns schadet, stimmt überhaupt nicht. Wenn das einigermaßen sorgsam gemacht wird, ist es – glaube ich – sehr gut.

Und als letzten Satz dazu: Es zeigt sich eines – glaube ich – ganz klar. Wenn man mit Entschiedenheit, und ohne sonderliche Rücksicht auf örtliche Stimmungen zu nehmen, eine insgesamt glaubwürdige Verwaltungsreform, auch wenn da ein Detail umstritten sein mag, vorlegt, kann man dann damit Wahlen gewinnen. Es ist dies die zweite Wahl, die ich – wie Sie ja wissen – in dieser Sache durchführen mußte, und wir haben diesmal noch wesentlich besser abgeschnitten. Überall dort, wo sich Gruppierungen, wie etwa die freien Wählergemeinschaften, aber auch die SPD und die FDP, örtlich mit dem Programm hervorgetan haben, man solle das Vorhandene nicht ändern, weil es doch immer so war, hat sich gezeigt, daß das überhaupt keine Wähler gewonnen hat, sondern daß das Gegenteil der Fall ist. Das Hochputschen dieser Emotionen hat sich eben nicht ausgezahlt.

Und das allerletzte: Ich glaube, daß das beste Rezept der Behandlung der FDP ist, möglichst wenig über sie zu sprechen und sie mit ausgesuchter Höflichkeit zu behandeln. (*Beifall.*) Ich kann nur sagen, das Wahlergebnis ist natürlich für uns jetzt landespolitisch nicht ohne Schwierigkeiten. Die FDP hat sich vor drei Wochen auf ihrem Landesparteitag einstimmig mit den Stimmen der Jungdemokraten für die Fortsetzung

der Koalition mit der CDU ausgesprochen.⁴ Es gab natürlich gestern abend, als dieses Wahlergebnis so langsam deutlich wurde, durchaus Gesichter, die sich die Frage stellten, ob das eine richtige Entscheidung war. Ich habe gar keine Zweifel daran, daß die FDP an dieser Entscheidung festhält. Es ist nur wichtig, und wir werden auch unseren Landtagswahlkampf ausschließlich so führen, daß die FDP für uns – so haben wir es auch in diesem Wahlkampf gehalten – überhaupt nicht existiert und daß unser Gegner frontal die SPD ist. Es zeigt sich auch, daß über die Tagespolitik hinaus Wahlen im nächsten Jahr nur zu gewinnen sind, wenn wir auch in der Programmatik eine überzeugende Gesamtkonzeption vortragen. Das ist nicht nur tagespolitisch zu machen.

Ich darf mich auch bei denen sehr herzlich bedanken, die uns dabei geholfen haben und darf schon jetzt unsere Bitte vortragen, daß Sie uns in den 3 ½ heißen Wochen vor dem 21. März 1971 entsprechend tatkräftig unterstützen. (*Beifall.*)

Kiesinger: Jetzt darf ich vorschlagen, nachdem wir die beiden Berichte gehört haben, daß wir den Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, der sich bereits mit einer ersten Analyse befaßt hat, anhören zu dem, was seine ersten Ergebnisse sind.

*Kaltefleiter*⁵: Ich muß Sie leider wahrscheinlich enttäuschen. Wir haben zwar diese Nacht unsere Rechenapparate arbeiten lassen, aber die Ergebnisse sind derart heterogen – vor allem in Hessen –, daß eine deutliche Analyse wohl erst möglich sein wird, wenn die Stimmbezirksergebnisse vorliegen. Dennoch will ich versuchen, zu drei Fragen Stellung zu nehmen und zunächst vielleicht ein wenig versuchen, mich in dieser Runde unbeliebt zu machen, indem ich nämlich den sicher auf den ersten Blick deutlichen Erfolg der CDU in Hessen ein ganz klein wenig relativieren möchte. Ich würde sagen, es handelt sich dort erstmalig nach 1957 wieder darum, daß die CDU das erreicht hat, was aufgrund der verschiedenen und vorgegebenen Situationen eigentlich erreicht werden mußte. Die CDU in Hessen war ja in den beiden vorhergehenden Landtagswahlen durch die „Spiegel“-Krise und durch die Auseinandersetzung um die Bildung der Großen Koalition jeweils in einer spezifischen bundespolitischen Situation, und das hat sich diesmal ausgeglichen. Und zum zweiten kommt hinzu, daß Hessen wohl, was die Konzentrationstendenzen des deutschen Parteiensystems betrifft, lange Zeit hinter anderen Bundesländern hinterher gehinkt ist. Ich denke nur an die Vertriebenenparteien, die es ja vor vier Jahren auch noch gab. Und hier hat die CDU das absorbieren können zum großen Teil, was dort noch eine bestimmte Selbstständigkeit hatte. Das bedeutet natürlich, daß man zugleich auch sagen kann, daß dieser Wähleranteil, der jetzt erreicht worden ist, relativ stabil sein müßte und nicht als ein einmaliger Höhepunkt anzusehen sein dürfte.

Die Verluste der SPD sind hier weniger leicht zu behandeln. Natürlich ist gestern abend in allen Kommentaren darauf hingewiesen worden, daß es sich hier um den

4 Vgl. „Die Welt“ vom 13. Oktober 1970 „Die Mainzer FDP will links zugeknöpft bleiben“.

5 Dr. Werner Kaltefleiter (1937–1998), Professor für Sozialwissenschaften und Politologe; 1970–1975 Leiter der Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 792 Anm. 3.

normalen Verschleißprozeß einer Regierung handele. Ich möchte aber doch die Hypothese wagen, daß hier bundespolitische Bedeutungen größer waren, und zwar insbesondere die bei allen Meinungsumfragen zur Zeit sehr deutlich werdende Beeinträchtigung des sozioökonomischen Sicherheitsmotivs, das bekanntlich – und das gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für Industriegesellschaften generell – wesentliche Bedeutung hat für das Wahlverhalten. Die damit ausgelösten Oppositionstendenzen sind hier der Opposition – und hier hat sicher die CDU davon profitiert, daß sie sowohl im Bund wie im Land Opposition betreibt – zugute gekommen.

Man muß hier natürlich auch die Frage stellen – und das führt dann bereits zur FDP –, in welchem Umfange bewußt oder aus welchen Gründen auch immer SPD-Wähler zur FDP tendiert haben. Wenn ich mir die Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen anschau, dann kann man eigentlich doch bei aller Heterogenität, die ich anfangs erwähnte, zwei Tendenzen feststellen, nämlich daß die Gewinne der CDU tendenziell um so größer sind, je größer die Verluste der FDP bzw. die Erfolge der CDU in den früheren Hochburgen der FDP relativ ausgeprägt sind. Und man kann weniger deutlich, aber eben doch auch sichtbar sehen, daß die FDP sich dort relativ gut gehalten hat, teilweise auch Stimmen hinzugewonnen hat, wo die SPD besonders stark verloren hat. Das heißt, es bietet sich aus den Aggregatdaten an die Hypothese eines doppelten Wählerwechsels, nämlich a) von der FDP weg hin zur CDU, vor allem in ländlichen und mittelständischen Gegenden und b) aber auch ein Wählerwechsel weg von der SPD zur FDP und natürlich generell auch ein Wählerwechsel von der SPD zur CDU aufgrund des vorhin erwähnten beeinträchtigten sozioökonomischen Sicherheitsmotivs.

Interessant ist natürlich die Frage, wie ist zu erklären der Wechsel von der SPD zur FDP. Hier gibt es ja zumindest zwei oder drei Hypothesen:

Erstens handelt es sich darum, daß alteingesessene SPD-Wähler bewußt FDP gewählt haben, um die Koalition zu retten. Nun, ob diese Hypothese richtig ist, kann natürlich aus dem Aggregat nicht herausgelesen werden. Aber ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß zumindest eine zweite Hypothese denkbar ist, nämlich daß die FDP durch ihre veränderte Position im Parteiensystem heute eine Situation vielleicht bekommt – zumindest scheint sie sie anzustreben –, die der ähnlich war im Vergleich zur CDU, die sie bis 1966 hatte. Die FDP war im deutschen Parteiensystem zur CDU bis etwa 1966 in der Position des sogenannten Oppositionsfilters, d. h. sie strebte bewußt Wähler an, die mit der CDU unzufrieden waren, aber nicht bereit waren, SPD zu wählen. Höhepunkt dieser Entwicklung – zu Ihrer Erinnerung – die Bundestagswahl 1961 mit der CDU, aber ohne Adenauer. Und ich glaube, der FDP-Slogan „Goliath schläft – wählt David“ geht haargenau in die gleiche Richtung, nämlich mit der SPD unzufriedene Wähler anzusprechen, die aber nicht bereit sind, tatsächlich zur CDU zu wechseln. Wenn diese Hypothese sich bestätigen sollte – ich sage noch einmal, man kann das aus dem Material so ohne weiteres nicht sagen –, würde das für die Zukunftsaussichten der FDP zu einer ganz anderen Prognose führen, als wenn wir die Erfolge der FDP zurückführen auf ein bewußtes Stimmen-Splitting eigentlicher SPD-Wähler, denn dann könnte das darauf deuten, daß die FDP in eine neue, relativ stabile

Situation kommt am Rande des SPD, allerdings doch mit einem wesentlichen Unterschied. Und der Unterschied scheint mir darin zu bestehen, daß die FDP als Oppositionsfilter zur CDU über einen gesicherten Wählerstamm von rund 5 % immer verfügte und weitere 5 % oppositionslos auf diese Weise erzielte. Es ist bislang nicht abzusehen, wo die FDP in der Rolle als Oppositionsfilter zur SPD den stabilen Wählerstamm herholen soll. Es scheint sich dann darauf zu reduzieren, daß sie jedesmal ad hoc zu einem Wahlerfolg kommen muß. Das aber bedeutet eine Labilität in der Stabilität, was vielleicht als Widerspruch erscheint – aber ich hoffe, Sie verstehen, worauf ich hinaus will. Wenn wir die Frage auch stellen in bezug auf die Landtagswahl in Bayern⁶, dann kann man sagen, daß die FDP deutlich verloren hat in ihren früheren Hochburgen, in ihren ländlichen, mittelständischen Gegenden, und daß die Wahrscheinlichkeit, daß sie die 10 %-Hürde in Mittelfranken schaffen wird, relativ gering ist, denn dort in einer vergleichbaren sozialen Struktur in Hessen hat sie keine Erfolge erzielen können. Sie hat Erfolge erzielen können in Hessen unter sozialstrukturellen Bedingungen, wie sie in Bayern in ganz anderen Regionen vorliegen. Aber ich muß Ihnen gestehen, daß es meine Phantasie überschreitet bei der Ausgangsposition der FDP in diesen Gegenden, daß sie 10 % bekommt, aber zumindest kann man es logisch nicht ausschließen.

Das zweite, was hier berücksichtigt werden muß, ist, wenn wir die andere These haben – die FDP als Oppositionsfilter zur SPD –, daß die Chancen der FDP, diese Position zu nutzen, um so größer sein werden, je stärker das Image der SPD durch ihre jüngere Generation gekennzeichnet wird. Man kann vielleicht aus den besonderen Ergebnissen in Südhessen hier einiges ableiten, was diese These bestärkt. Schließlich muß man aus dem Gesamtergebnis der FDP wohl auch einiges herausnehmen: Ganz egal, ob wir die Hypothese 1 – bewußtes Wählen der FDP durch alte SPD-Wähler – oder die Hypothese 2 – FDP als Oppositionsfilter zur SPD – sehen, die Wahlerfolge der FDP sind damit unmittelbar abhängig von der Politik der SPD. Sei es, daß die SPD gezielt Wähler an die FDP abgibt, sei es, daß die SPD oppositionsauslösende Politik betreibt, die dann der FDP zugute kommt – es ist vielleicht ein polemisches Wort, aber der Begriff der Huckepack-Partei, der früher einmal in der deutschen Politik im Hinblick auf solche Parteien üblich war, scheint mir zumindest nicht ganz unangebracht. Das bedeutet aber auch etwas Zweites. Unter den Vorausschauungen auf dieses Ergebnis ist immer sehr viel spekuliert worden über mögliche Rückwirkungen auf bundespolitischer Ebene oder die ganze Struktur der FDP. Wenn die Vertreter jener FDP, die sich noch verstehen als eine Position der Partei, wie sie früher war bis 1966, das Ergebnis analysieren, müssen sie zu dem Ergebnis kommen, daß dieses Wahlergebnis für diesen Teil der FDP genauso ungünstig ist, als wenn die FDP aus dem Landtag Hessen herausgefliegen wäre. Denn es sind nicht die alten FDP-Wähler, die die FDP gerettet haben, sondern es ist eine völlige Umschichtung der Wählerschaft. Und das bedeutet natürlich, daß die neue Parteiführung nur in Grenzen unter den labilen Aspekten, die ich vorhin erwähnte, bestätigt worden ist, womit die Chancen zur Wiederaufstellung der anderen Gruppen usw. vermindert sind. Ich glaube, diesen Aspekt

⁶ Zum Ergebnis der Landtagswahl am 22. November 1970 vgl. Nr. 2 Anm. 18.

sollte man bei der globalen Konstanz des FDP-Ergebnisses sehen, daß hier ein Umschichtungsprozeß erfolgt ist.

Und drittens und letztens: Wenn es richtig ist, daß es der FDP gelungen ist, ihr Elektorat zum großen Teil auszuwechseln, dann bedeutet das auch, daß das Argument, das behauptet, aufgrund bestimmter Eigenarten der Kultur in Deutschland gäbe es einen sicheren Hort für eine dritte Partei, für ein Drei-Parteien-System, wie Herr Genscher das gestern abend in verschiedenen Interviews zu betonen versuchte, falsch ist.⁷ Entweder ich habe eine Stammwählerschaft; dann kann das auf bestimmten Eigenschaften der politischen Kultur beruhen. Aber wenn ich in der Lage bin, mein Elektorat auszuwechseln, kann das nicht auf Eigenschaften der politischen Kultur beruhen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

Die NPD-Verluste sind deutlich zu beobachten bei ihrer Entstehung. Es ist keine eindeutige Korrelation zu beobachten zwischen den NDP-Verlusten und dem Anstieg der CDU oder Verlust der SPD. Wir haben etwa in dem Wahlkreis mit den höchsten NPD-Verlusten zugleich auch einen minimalen SPD-Verlust. Umgekehrt haben wir natürlich auch bei hohen NPD-Verlusten gewisse Gewinne, auch überdurchschnittliche Gewinne der CDU. Mir scheint dies folgendes zu bestätigen, was wir vor vier Jahren hatten. Vor vier Jahren konnten wir beobachten, daß die NPD sich rekrutierte aus den Protestwählern, und zwar sowohl von der SPD als auch von der CDU. Die Wähler haben sich diesmal wieder auf diese Parteien verteilt, wobei mit hoher Wahrscheinlichkeit die CDU aus dem einfachen Grunde mehr gezogen hat, weil sie eben zur Zeit Opposition ist und die NPD-Wähler eben Oppositionswähler sind. Ich glaube, man kann das NPD-Phänomen nicht verstehen, wenn man von einer programmatischen Rechts-Links-Einteilung ausgeht. Das ist ein Orientierungspunkt im eindimensionalen Raum, sondern wir müssen hier wohl davon ausgehen, daß die Wähler der NPD sich rekrutieren aus der Gruppe der potentiellen Wechselwähler zwischen CDU und SPD und dort natürlich bestimmte Eigenschaften haben und dementsprechend, wenn solche Parteien wieder absorbiert werden, primär von der CDU, weil sie im Moment Opposition ist. Aber wenn die SPD in der Opposition ist, hat die SPD die größeren Chancen hier.

Kiesinger: Ich habe erinnert an eine Analyse von Allensbach, die wir am 23. Juli dieses Jahres vorgelegt bekommen haben.⁸ In dieser Analyse ist das Verhalten der NPD-Wähler dargestellt, und da haben wir folgendes Ergebnis bekommen: Die NPD-Anhänger vom Frühsommer 1969 wählten bei der Bundestagswahl im September 1969 noch einmal NPD: 72, CDU: 8, SPD: 20. Sie wählten bei den Landtagswahlen im Juni 1970 noch einmal NPD: 39, CDU: 27, SPD: 27 und FDP: 7. Damit wird also eine alte Erfahrung bestätigt und das, was Sie eben gesagt haben. Es ist also ganz falsch, die

7 Genscher sah in dem Wahlergebnis eine Stabilisierung der FDP als „Partei der Mitte“ (Zusammenfassung seiner verschiedenen Äußerungen in BPA/Abt. Nachrichten Ref. II/4 vom 8. November 1970 in ACDP Dokumentation 17/1).

8 Vgl. Allensbacher Bericht „Labiles Politisches Klima in der Bundesrepublik“ vom Juli 1970 in ACDP Dokumentation. Die Zahlen wurden auch veröffentlicht im ZDF-„Magazin“ vom 22. Juli 1970 (vgl. BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4).

NPD unter dem Gesichtspunkt des Rechtsradikalismus zu sehen. Und das ist wichtig, weil man uns ja nun bewußt – das hat sich gestern bei den Stellungnahmen der einzelnen SPD-Politiker ja klar gezeigt – abstempeln will als eine Partei, die, nachdem wir in Hessen diesen gewaltigen Zuwachs von rechts, also ausschließlich vor allem von der NPD, bekommen hätten, nun in Hessen und vielleicht auch in Bonn einen Rechtskurs einschlagen müßte.

Ich darf noch etwas sagen zur FDP, zu dem, was Sie eben sagten. Das ging in dieselbe Richtung dessen, was wir auch im Präsidium schon besprochen hatten.⁹ Für mich hat sich seit langem die Frage gestellt – seit meinem Gespräch mit Scheel ein Jahr vor der Bundestagswahl –, wird sich sein Kalkül eines Tages als richtig erweisen? Nachdem die FDP für sich zu der Erkenntnis gekommen war, daß sie in der Zusammenarbeit mit der CDU verschwinden würde, und zwar einfach deswegen, weil sie programmatisch der CDU zu nahe steht, kam der Entschluß, unter allen Umständen mit der SPD zusammenzugehen. Das war zwar nicht sehr schön, aber man unternahm es, weil man glaubte, sich dort doch deutlicher abheben zu können. Zunächst haben ja die Ergebnisse der Bundestagswahl und auch der Landtagswahlen hineingedeutet, daß dieses Kalkül nicht stimmte. Jetzt in Hessen haben wir das erstemal einen Fall, wo wir uns fragen könnten, beginnt dieses Kalkül sich als richtig zu erweisen, und dann allerdings in welcher Weise.

Ich halte auch Ihren Hinweis auf Bayern für richtig. Das stimmt mit meinen eigenen Beobachtungen überein. Jedenfalls werden wir unser Verhalten zur FDP und unsere Aussage über die FDP sehr genau bedenken müssen. Wir haben uns heute im Präsidium darauf geeinigt, wir betonen den starken Erfolg der CDU in Hessen und betonen gleichzeitig den starken Erfolg der CDU bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz. Wir wollen das ruhig nebeneinander stellen. Aber wir lassen uns sonst auf irgendwelche Spekulationen nicht ein, und es ist wichtig, daß nun nicht jeder von uns mit verschiedenen Zungen redet, insbesondere weil wir ja auch noch die Landtagswahl in Bayern vor uns haben und schon aus diesem Grunde gut daran tun, eine gewisse mögliche Mitleidswelle oder Sympathiewelle nicht zur forcieren.

*In der sich anschließenden Diskussion wird von Herrn Hasselmann die Frage gestellt: Wie verhalten wir uns zur NLA?*¹⁰

Kiesinger: Was die NLA angeht, so haben wir heute im Präsidium eine einheitliche Meinungsbildung herbeigeführt: Es ist falsch, diese Partei zu gründen. Es ist zwar ihre Sache, aber wir werden ihnen raten und werden Einfluß nehmen, wo wir können, daß diese Partei nicht gegründet wird. Und wir werden vor allem auch versuchen, Absicherungsversuche, die aus der CSU laut geworden sind, zu beseitigen. Dazu habe ich einen

⁹ Vgl. dazu die Protokolle der Präsidiumssitzungen am 12. und 30. Oktober 1970 in ACDP 07-001-1403.

¹⁰ Die Haltung der CDU zur NLA war Thema in den Präsidiumssitzungen am 30. Oktober, 2. und 9. November 1970 (ACDP 07-001-1403; Unterlagen zur NLA und zur Gründung der DU in 07-001-1320, -11332). Vgl. auch GRAU, Verhältnis S. 77-92; Nr. 7 Anm. 87.

Brief an den Vorsitzenden der CSU geschrieben und werde jetzt noch in einem Telefongespräch ihm die heutige Meinungsbildung des Präsidiums mitteilen.¹¹

Es schließt sich eine Diskussion an über die möglichen positiven oder negativen Auswirkungen auf das Wahlergebnis in Hessen aufgrund der Aus- bzw. Übertritte von Herrn Starke und Herrn Zoglmann¹².

POLITISCHE LAGE

Barzel: Ich möchte mich beschränken auf zwei Punkte, nämlich auf Polen und auf Berlin, wozu natürlich auch die DDR gehört. Ich kann es mir, glaube ich, schenken, in diesem Kreise erneut darzutun, warum wir uns nicht beteiligt haben als Beobachter – mehr war uns ja nicht angeboten – an der Delegation von Herrn Scheel. Ich möchte hier nur noch mitteilen, weil das möglicherweise irgendwann eine Rolle spielt, daß im Zusammenhang mit dieser Einladung es einen sehr umfangreichen Schriftwechsel gibt zwischen der Regierung und uns¹³, unsererseits immer abgestimmt durch die Führungsgremien der Fraktion, nicht nur zu den Formalien, warum wir nicht mitfahren, sondern da das Nichtmitfahren [nach Moskau und Warschau] u. a. den Grund hatte, daß wir glaubten feststellen zu müssen, das notwendige Ausmaß an Übereinstimmung sei nicht herzustellen, enthält dieser Schriftwechsel eben zur Sache viel mehr Mitteilungen, als hier meistens bekannt ist. Er enthält in einigen Punkten auch noch eine etwas präzisere Festlegung, als dies in dem 15. Oktober-Papier¹⁴ durch die Fraktion insgesamt geschehen ist. Es heißt also in dem Brief, wo wir uns entschlossen haben, die Bedenken zu formulieren über das nicht bestehende Maß an Gemeinsamkeit – das wollten wir nicht öffentlich sagen, weil das unklug gewesen wäre und uns schlecht angekreidet worden wäre während der Wahlzeit: Unsere Bedenken beziehen sich vor allem darauf, daß nach den Vorstellungen der Bundesregierung die Grenzfrage im Hinblick auf einen künftigen Friedensvertrag nicht offenbleibt. Wir vermissen den klaren Friedensvertragsvorbehalt. Zu anderen Fragen, die in unserem Beschluß behandelt sind, müßten Abreden, zumindest verbindliche Absichtserklärungen beider Vertragspartner erfolgen. Wir hatten eigentlich gedacht, daß aufgrund dieses Angebotes die Regierung diese Sache noch einmal überprüfen würde, zumal wir sie darum gebe-

11 Brief Kiesingers nicht zu ermitteln. Vgl. das Schreiben von Bruno Heck an Franz Josef Strauß vom 9. Dezember 1970, in dem ein Gespräch für den 16. Dezember 1970 vereinbart wurde (ACDP 07-001-11330).

12 Siegfried Zoglmann (1913–2007), Verleger; 1957–1976 MdB (bis 9. Oktober 1970 FDP, dann Hospitant der CSU-Landesgruppe, ab 13. Dezember 1972 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 353 Anm. 23. – Starke war ebenfalls am 9. Oktober 1969 zur CDU gewechselt. Vgl. Nr. 1 Anm. 25.

13 Vgl. dazu GRAU S. 138–140.

14 Am 15. Oktober 1970 verabschiedete die CDU/CSU-Fraktion eine Resolution betr. der Verhandlungen mit Polen. Abdruck der Resolution in BULLETIN Nr. 161 vom 21. November 1970 S. 1704f.; vgl. GRAU S. 136f.

ten hatten. Die Regierung sah sich nicht imstande, ihren Standpunkt zu überprüfen, und dann nahmen die Dinge ihren Lauf, den Sie kennen. Wir hatten in der Sitzung der Führungsgremien uns übereinstimmend ein Urteil dahin gebildet, daß Herr Scheel führe aus Gründen der Wahl, damit die ganze Sache im Grunde fertig sei, daß er eigentlich nur einen Federhalter brauche. Und das ist auch völlig bestätigt durch das, was sich gestern abend in Warschau ereignet hat.¹⁵

Erst nach den Mitteilungen über den Wahlausgang in Hessen – so entnehme ich es dem Blatt der Bundesregierung – hat Herr Scheel eine Pressekonferenz gegeben und gesagt, es ist nicht ausgeschlossen, daß bis Ende dieser Woche die Sache paraphiert wird, und man sei auf beiden Seiten entschlossen, noch in dieser Woche zu einem Vertrag zu kommen. Das heißt, unsere Meinung, daß es sich hier nur noch um ein Showgeschäft handle, ist völlig bestätigt, und es ist ebenso richtig – das muß man historisch festhalten –, daß, wenn die FDP in Nordrhein-Westfalen rausgeflogen wäre, es wahrscheinlich die Unterschrift unter den deutsch-sowjetischen Vertrag überhaupt nicht gegeben hätte, und wenn es in Hessen anders gekommen wäre, dieser Vertrag nicht unterschrieben worden wäre. Dieses nur einmal aus der Abteilung Realitäten und nicht nur aus der Abteilung Schönheit der Arbeit betrachtet.

Das andere betrifft Berlin. Wir sind hier nach einem erneuten Gespräch zwischen Herrn Lorenz, Herrn Lummer und einigen Freunden hier noch einmal zu dem Ergebnis gekommen, daß es uns wohl bekommt, in den Berlin-Fragen so lange wie möglich mit der Regierung gemeinsam die Position zu halten und dies auch vertraulich zu tun. Das sind wir den Berlinern schuldig, das sind wir der Sache schuldig. Und wenn die Gemeinsamkeit in dieser Sache hier zerbräche zwischen den westalliierten und den deutschen Stellen oder unter den deutschen Beteiligten untereinander, dann würde die Sowjetunion noch stärkere Pressionen ausüben können. Und wenn wir uns mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag vor diesem Zeitpunkt endgültig festlegen würden, so oder so, dann würden wir eben diese Berlin-Lösung noch mehr gefährden. Hierzu braucht man heutzutage keine Geheimstempel zu verletzen. Ich empfehle Ihnen allen zu lesen das, was Schumann¹⁶ in der Nationalversammlung gesagt hat auf der einen Seite und das, was Ulbricht verkürzt im „Neuen Deutschland“¹⁷ gesagt hat auf der anderen Seite. Das ergibt eine völlig korrekte Information der wirklichen Verhandlungslage. Ulbricht: „Die Regierung der DDR hat sich bereit erklärt, unter der Voraussetzung, daß in West-Berlin jede Tätigkeit anderer Staaten eingestellt wird, die dem völkerrechtlichen Status dieser Stadt widerspricht, die Interessen der DDR und anderer sozialistischer Staaten verletzt, mit der Regierung der BRD in Verhandlungen

15 Vgl. das Interview Scheels vom 8. November 1970 mit dem Südwestfunk in MEISSNER S. 1311–1313.

16 Maurice Schumann (1911–1998), französischer Politiker; Mitgründer des MRP, 1950–1973 Mitglied der Nationalversammlung, 1951–1954 Staatssekretär im Außenministerium, 1969–1973 Außenminister. – Zur Rede in der Nationalversammlung am 5. November 1970 vgl. AdG 1970 S. 15848.

17 Fernsehgespräch Ulbrichts mit zwei SED-Parteisekretären, Abdruck in „Neues Deutschland“ vom 9. November 1970 S. 3f.

über Fragen des gegenseitigen Transits von Personen und Waren einzutreten. [...] Selbstverständlich wären Vereinbarungen solcher Art zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der BRD sowie zwischen der DDR und dem West-Berliner Senat wichtige Beiträge zur Verbesserung der souveränen Rechte.“

Das ist eine völlig richtige Mitteilung. Und wenn man dem gegenüberstellt das, was Schumann sagt in der Nationalversammlung, daß die Rechte der Vier ungeschmälert seien und daß sie übereinstimmen würden, daß der Zugang störfrei sein solle – das letztere hat er nicht mit diesen Worten gesagt, aber das war ihnen zu entnehmen und das ist auch richtig –, dann wird es wohl zu Beauftragungen an alle deutschen Stellen kommen, die beteiligt sind, zur Durchführung dieses sehr allgemeinen Akkords, wir von den Dreien und die DDR von der Sowjetunion. Und der Streit ist eben, ob West-Berlin dann direkt verhandelt, auch im Auftrag der Drei, oder auf unserer Seite mit. Und das ist ja dann nicht mehr eine Frage von Verhandlungen, sondern das ist dann ein entscheidender Punkt.

Ich darf deshalb noch einmal sagen, die DDR bietet also an Verhandlungen über den Transitverkehr unter der Voraussetzung, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Aktivitäten in West-Berlin beendet, die im Widerspruch zum völkerrechtlichen Status stünden. Das Hauptproblem ist also nicht das des Verkehrs, wobei man darauf zu achten hat, daß wir – und ich hoffe auch noch die Westmächte – von Zugang sprechen, während die Sowjetunion und die DDR von Transit sprechen, was natürlich ganz etwas anderes ist. Und wenn man sich mal vorstellt, was das für die USA bedeutet, hinsichtlich ihres Transits nun auf den Partner DDR verwiesen zu werden, wie heiter die da drüben werden, das können Sie sich ungefähr vorstellen. Aber auch drüben ist man nicht deutscher als die Deutschen. Und das wird auch von dort erklärt.

Die Hauptsache ist also, die Beziehungen zwischen dem freien Berlin und dem freien Deutschland, die ihren Ausdruck finden in der Bundespräsenz, in der Vertretung des Bundes nach außen durch uns, zu erhalten und die Frage, ob die getrennten Verhandlungen zur Durchführung eines alliierten Akkords dem West-Berliner Senat ermöglicht werden sollen. Die Bundesregierung bemüht sich – so bin ich unterrichtet – in allen diesen Fragen noch in der richtigen Richtung, so daß ich heute von einem lauten Protest oder so etwas ähnlichem absehen würde. Aber so wie es zum vergangenen Wochenende notwendig war, auch zur Reaktion auf die Haltung von Freunden draußen, der Öffentlichkeit etwas zu sagen über die Vorrechte der Alliierten, die nicht geschmälert werden dürfen, so wird es im Laufe dieser Woche aus demselben Grund notwendig sein, auf die Bindungen und die Zusammengehörigkeit zwischen Berlin und dem Bund hinzuweisen als ein Element der Lebensfähigkeit der Stadt, denn Berlin lebt davon, daß jedes Jahr soundso viel tausend Menschen zum Arbeiten zusätzlich dahinkommen. Und das wird weiterhin nur passieren, wenn die Nabelschnur nicht zerschnitten ist, und die Nabelschnur sind die Bindungen zwischen dem freien Berlin und dem freien Teil Deutschlands.

Ich habe den Eindruck, daß die Alliierten sich immer mehr darauf beschränken, ihre eigenen Rechte zu wahren, immer mehr praktische Verantwortlichkeiten – nicht Rechte – den deutschen Stellen zu übertragen, entsprechend dem Drängen einiger

dieser deutschen Stellen. Und ich habe den Eindruck, daß am Schluß es eben zu einer Verständigung kommen wird in der Frage, gibst du mir was in dem Zugang, dann gebe ich dir was in Sachen Nichtbindung zwischen Berlin und Bonn, wobei wir uns intern darüber klar sind, daß das, was jetzt der Bund ständig in Berlin hat, das Allerwichtigste ist und das Zweitwichtigste die Außenvertretungen und das, was gelegentlich nach Berlin fährt. Wir müssen aber feststellen, daß die Sowjetunion und die DDR beide völlig gleichlautend und im gleichen Sinne keineswegs bereit sind, sich so zu verhalten, wie wir es hätten erwarten müssen nach der Interpretation des Vertrages und dessen Geist durch die Bundesregierung, der ja bekanntlich sagt, alle Realitäten sind zu achten. Wir sehen in den Berlin-Verhandlungen nichts von Achten oder gar Anerkennen der Realitäten, soweit sie für den Westen günstig sind und wie sie am 12. August¹⁸ bestanden haben. Über diesen Punkt könnte es natürlich, falls es zu einer offenen Kontroverse kommt, dann tatsächlich zu einer Verunsicherung der gegenwärtigen Bundesregierung kommen, denn in den Berlin-Fragen gibt es mehr als die 245 Abgeordneten der CDU/CSU, die hier ganz fest stehen.

Ich bitte, diesen Bericht, was Berlin betrifft, vertraulich zu behandeln und zugleich draußen in den Reden einfach zu benutzen, was Ulbricht sagt. Und darauf kann man überhaupt nicht scharf genug entgegenen, wobei nach meinen Wahlkampf Erfahrungen die Leute nichts verstehen von inneren Berlin-Problemen, sondern man muß sagen, das darf kein drittes Deutschland werden, und es kann nur leben, wenn viele Menschen dorthin gehen, und das hängt in dem Zusammenhang. Dann wird das, glaube ich, verstanden. Ich bin vor allem nicht daran interessiert zu hören, ob hier irgend jemand anders als unsere Berliner Freunde und die Bundestagsfraktion und auch wohl das Parteipräsidium, das sich ja dauernd damit beschäftigt, etwa der Meinung ist, man solle jetzt in der Berlin-Frage eine Kontroverse suchen. Ich kann davor nur warnen. Aber für mich wäre es wichtig, so eine Meinung, ohne daß das abgestimmt wird, Herr Vorsitzender, von der CDU zu haben, bevor ich nachher in die gemeinsame Fraktion gehe, um dort also auch noch die nächsten 14 Tage dieses Stückchen Gemeinsamkeit zu bewahren, denn es ist gar keine Frage, daß uns dieses Stückchen Gemeinsamkeit auch bei den Wahlen nicht schlecht bekommen ist.

Amrehn: Eine Ergänzungsbemerkung möchte ich gerne machen über etwas, was ich gestern erst gelesen habe, nämlich daß es der französische Außenminister ist, der gesagt hat, in unserem Interesse, nicht nur im französischen, liegt es, daß die Regelung über den zivilen Zugang durch die Alliierten detailliert und konkret sein muß, bevor die Ausführungen an die deutschen Stellen kommen. Und hier scheint mir eine der Hauptgefahren von unserer Seite zu liegen. Dr. Barzel sagte eben, die können nicht deutscher sein als die Deutschen selbst. In dem Punkt sollten wir also den französischen Außenminister nach draußen hin auch noch unterstützen, damit er sich nicht allein fühlt.

Barzel: Das ist ja geschehen. Und das Anbinden von Scheel durch Schumann am

18 Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsvertrags durch Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Kossygin in Moskau.

vorigen Montag, das ihn veranlaßte zu seiner Zwischenlandung hier, ist ja die Folge von dem, was wir gemacht haben.¹⁹

Kiesinger: Ich darf also annehmen, daß die Ausführungen des Herrn Fraktionsvorsitzenden die Zustimmung des Vorstandes haben. – Es ist noch immer eine Gefahr im Raum, aber da kann man nicht viel tun im Augenblick, daß, wenn auch nur kleine Erleichterungen kommen, es der Regierung gelingen könnte, doch in der Öffentlichkeit so zu tun, als wäre das was und zweitens, daß sich der Eindruck nicht vertieft, als ob auch wir alles von der Berlin-Lösung abhängig gemacht hätten.

Dregger: Ich glaube, wir sind uns also darin einig, daß unsere entscheidenden Vorbehalte weiterbestehen und daß wir uns jetzt dem aktuellen Problem Berlin zuwenden, um im nationalen Interesse das Beste herauszuholen, daß aber Berlin nicht die Ratifizierung bedeutet, selbst dann nicht, wenn es in unserem Interesse geregelt würde, sondern daß dann weitere Fragen offenbleiben.

Barzel: Wie hier besprochen. Dann kommen die innerdeutschen Fragen. Nur wird uns das die DDR nicht erlauben, weil sie ihre Fragen über Berlin zu lösen beabsichtigt.

Kiesinger: Gut, sind wir uns also einig darüber.

ANTRAG DER MITTELSTANDSVEREINIGUNG AUF GEWÄHRUNG EINES ZUSCHUSSES FÜR DEN MITTELSTANDSKONGRESS

Schmücker: Ich möchte zunächst einmal darum bitten, daß wir dem Antrag zustimmen. Es ist übersehen worden, der Mittelstandsvereinigung im Haushalt eine Zuwendung zu geben. Sie hat eine gute Tagung in Ansbach abgehalten²⁰ und die Auswirkungen davon sind ja auch in Hessen sichtbar geworden. Meine Bitte ist also, daß man hier seine Zustimmung gibt.

Aber, Herr Vorsitzender, ich möchte doch die Gelegenheit wahrnehmen dürfen, noch ein paar Worte mehr zu sagen, einmal als Antragsteller und zweitens als Schatzmeister. Im Zuge des Wahlkampfes haben einige Untergrund- und Hintergrundblätter Meldungen verbreitet, daß diese Partei sich in einer schwierigen Finanzlage befindet – das tut sie in der Tat –, aber daß dies der Anlaß sei, daß führende Parteimitglieder dabei seien, an meinem Stuhl zu sägen. Ich möchte den Herren hier nur sagen, das interessiert mich weiter gar nicht, denn daß ich beim nächsten Bundestag nicht mehr kandidieren werde, das wissen Sie, das habe ich in meinem Wahlkreis schon mitgeteilt. Viel mehr ärgert mich, was an persönlichen Verunglimpfungen in diesen Veröffentlichungen steht, und ich möchte hier ausdrücklich erklären, daß ich zu keinem Zeitpunkt Verhandlungen mit einer Investmentgesellschaft geführt habe und auch keine derartigen Pläne habe.²¹ Ich bemühe mich, meine eigenen Vorschläge zur Gründung

19 Vgl. AAPD 1970 Dok. 506.

20 15. Kongreß der Mittelstandsvereinigung am 27./28. September 1970 in Ansbach. Unterlagen in ACDP 04-004-006/1 und 2.

21 Schmücker war am 1. Oktober 1970 in den Aufsichtsrat der panamesischen Firma Agricultural Investment Corp. SA (AICSA) eingetreten und Gesellschafter und Verwaltungs-

einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft zu realisieren. Das wird eine deutsche Gesellschaft sein, eine Gesellschaft, die ihren Sitz in Deutschland hat und allen deutschen steuerrechtlichen Bestimmungen unterliegt. Und irgendwelche Verbindungen mit exotischen Firmen usw. können nur von Leuten erfunden sein, die die Absicht haben, mich herunterzuziehen. Ich will eine Kapitalbeteiligungsgesellschaft gründen, die die Aufgabe hat, nicht emissionsfähigen, d. h. also mittleren Betrieben, eine Kapitalbeteiligung zu vermitteln, weil es so etwas bei uns noch nicht gibt. In anderen Ländern hat sich das in ähnlicher Form schon sehr gut bewährt. Ich bin gerne bereit, darüber mehr Einzelheiten zu sagen, aber ich glaube, Sie werden mir abnehmen, daß ich vielleicht manche Dummheit mache, aber daß ich die Dummheit des Herrn Mende²² nun auch noch wiederhole, das ist mir doch nicht zuzutrauen. Ich bin eigentlich sehr traurig darüber, daß andere Leute so wenig Phantasie und Vorstellungen haben von den Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft, daß sie keine andere Erklärung für diesen Vorgang finden, als mich in die Nähe dieser Investmentgesellschaften zu bringen.

Aber nun zu der Finanzlage unserer Partei. Auch darüber ist ja in diesen Meldungen berichtet worden. Der Hausbau steht nach wie vor im Vertrag des Festpreises. Es muß befürchtet werden, daß die Firma nichts verdient, möglicherweise sogar ein Verlustgeschäft macht. Aber das ist nicht unsere Sache, es handelt sich um eine renommierte Firma, die wird das tragen können. Wir haben einen Festpreis von 16,1 Mio. abgeschlossen. Dazu kommen 1,78 Mio. Mehrwertsteuer, und ich rechne mit Gebühren, Honoraren und sonstigen Kosten von rund 4 Mio. DM, so daß dabei ohne Grundstück 21 Mio. DM herauskommen. Das Grundstück ist geschätzt worden, und zwar von dem Hypothekengeber auf 4,6 Mio. und jetzt entsteht die in aller Welt befindliche Zahl von 25 bis 26 Mio. DM. Aber davon sind 5,6 Mio. bereits bezahlt, denn das Grundstück gehört uns, und wir haben auch Honorarkosten und andere Ausgaben schon ersetzt. In Abzug gebracht werden muß ferner 1,8 Mio. DM für Mehrwertsteuer, weil diese abgezogen werden kann bei der Union-Betriebs-GmbH. Wenn die Partei ihre Zusage erfüllt und ihre 3 Mio. DM aus den Kreisparteien einbringt, hinzu kommt die andere Zusage von 5 Mio. DM, die Dr. Heck und ich erhalten haben, dann steht einem vorfinanzierten Bau von 12,4 Mio. ein noch nicht finanzierter von 13,6 Mio. DM gegenüber, der voll mit Hypotheken belegt werden kann. Ich meine aber, wir sollten hier einen anderen Weg gehen, und zwar aufgrund unserer Liquidität und der weiterlaufenden Finanzierung unserer Partei. Und darum geht es, um nichts anderes. Es ist keineswegs so, daß die Lage rosig ist. Aber es besteht auch kein Grund zu verzweifeln. Im übrigen darf ich hier noch einmal wiederholen, die Angebote, die uns aufgrund

ratsvorsitzender der Deutschen Agri Beratungs-GmbH für Vermögensanlagen und Beteiligungen geworden. Das geplante Investmentunternehmen Agri-Fund scheiterte allerdings kurze Zeit darauf. Vgl. „Die Zeit“ vom 23. Oktober 1970 „Kein Schmuckstück für Schmücker“; „Handelsblatt“ vom 19. Januar 1971 „Kurt Schmückers Investmentabenteuer scheiterte an – der englischen Übersetzung“.

22 Mende hatte sich seit 1967 beim amerikanischen Offshore-Finanzkonzern Investors Overseas Service (IOS) engagiert, der 1969 in eine Liquiditätskrise geraten war und 1973 Insolvenz anmelden mußte.

dieser Meldungen gemacht wurden, uns das Haus abzukaufen, würden einen Überschuß von 10 Mio. DM ermöglichen. Daß wir das nicht wollen, ist selbstverständlich. Wir wollen ja in das Haus hinein. Aber ich muß darum bitten, daß in den Kreisparteien dafür gesorgt wird, daß wir bis zum Ende dieses Jahres diese 3 Mio. DM haben, denn sonst kommen wir allein von der Zinsbelastung her in unnötige Schwierigkeiten.

Nun zur Lage der Partei selbst. Ich kann hier sagen, daß wir von den Schulden aus dem Wahlkampf²³, die entstanden sind aus einer Zusage, die ich hier einmal erläutert habe und die einigen bekannt ist, einiges haben abtragen können, aber noch nicht alles. Ich habe die Zuversicht, daß diejenigen, die uns die Zusage gemacht haben, sie, wenn auch abwehrend und ringend, so doch letzten Endes doch einhalten. Der Kreditplafond unserer Partei beträgt 12 Mio. DM. Davon sind zur Zeit in Anspruch genommen 7,5 Mio. DM. Aus öffentlichen Mitteln haben wir gegenüber den Landesverbänden noch Verpflichtungen von 1 Mio. DM. Der effektive Schuldenstand gegenüber den Banken beträgt also 7,5 Mio. DM. Demgegenüber gestellt werden müssen die Erwartungen aus den Rückzahlungen der öffentlichen Mittel, aus den Spenden usw. Was Sie wohl am meisten interessieren wird, ist, wieviel wohl das Spendenaufkommen ausmacht. Und hier kann ich sagen, daß wir zur Zeit ca. 600.000 DM erwarten. Die Absprachen, die wir getroffen haben, laufen also an, und zwar in der Höhe der Rate, die damals vom Generalsekretär gefordert worden ist. Das kann Sie in etwa beruhigen. Aber ich möchte Sie gar nicht beruhigen, sondern ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß wir unter allen Umständen verstärkte Anstrengungen machen müssen, um die Finanzlage unserer Partei zu verbessern, denn wir stehen in Konkurrenz zu einer Partei, die mindestens ein Vermögen von 200 bis 300 Mio. DM hat. Und wir müssen nach meiner Meinung dafür sorgen, daß wir in der Vermögensbildung ein wenig nachkommen, schon allein um nicht über zu unterschiedliche Leistungen zu verfügen. Meine Bitte ist also, stimmen Sie diesem Antrag zu, aber helfen Sie bitte in den Landesverbänden und in den Kreisparteien mit, daß erst einmal die Überweisung für den Hausbau erfolgen, und sorgen Sie bitte auch in Ihren Gesprächen mit der Wirtschaft dafür, daß sie etwas spendenfreudiger ist. Und dazu gehört natürlich auch das Kapitel unserer Anzeigen-Akquisition in den uns befreundeten oder nahestehenden Presseorganen. (*Kohl*: Die sind weder nahestehend, noch befreundet.) Das kommt darauf an, wie man es sieht. Da würde ich nicht ganz so hart urteilen. Aber hier steht ein Gespräch, um das ich den Herrn Generalsekretär auch schon einmal gebeten hatte, noch aus, nicht von seiner Seite aus, sondern von den Beteiligten. Es darf nicht so sein, daß wenn jemand im „Dialog“ inseriert hat, daß er dann glaubt, er sei völlig entlassen aus der Verpflichtung, unserer Partei zu helfen.

Kohl: Zur Sache selbst bin ich voll Ihrer Meinung. Ich möchte jetzt nur eine grundsätzliche Diskussion hier herbeiführen zu der Frage von Zuschüssen, die da so neben

23 Die Schulden aus dem Wahlkampf 1969 beliefen sich laut Protokoll über die Sitzungen der CDU-Bundesfinanzkommission am 15. Oktober und des Bundesfinanzausschusses am 16. Dezember 1972 auf 9 Mio. DM (ACDP 07-001 AO Bundesfinanzkommission/Bundesfinanzausschuß unverzeichnet). Vgl. auch „Spiegel“ Nr. 14 vom 29. März 1971 S. 44 f. „Ein Bettelorden“.

der Partei her gegeben werden. Ich habe eigentlich die Absicht, wenn die bayerische Wahl vorbei ist – das ist der einzige Grund, warum ich mich bislang zurückgehalten habe –, frontal gegen die Machenschaften, die beim „Dialog“²⁴ gegen einzelne, z. B. gegen mich, betrieben werden, auch öffentlich Position zu beziehen. Ich bin nicht bereit hinzunehmen, daß ein solches Blatt draußen in den Landesverbänden Geld sammelt im Namen der CDU – ich habe gar nichts dagegen, wenn die eine andere Meinung haben, aber es muß ja möglich sein, in einer Partei zu Sachfragen seine Meinung zu sagen, ohne daß man von denen, die eine andere Meinung haben, persönlich verunglimpft wird, wie das inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Und ich kündige hier in aller Ruhe an, daß ich die Absicht habe, bei einer nächsten großen repräsentativen Veranstaltung frontal gegen die Machenschaften Stellung zu beziehen. Ich werde auch, wenn diese Frage nicht gelöst wird, auf dem Düsseldorfer Parteitag im Zusammenhang mit der Programmdiskussion mit einem Parteitagsbeschuß der rheinland-pfälzischen CDU wegen der Finanzierung dieses Blattes die Debatte eröffnen. Ich bin nicht gewillt hinzunehmen, daß der Ruf von Leuten, die sich nicht aus eigenen Gründen, sondern für die CDU in einer Sache bemüht haben, in einer solchen Weise diffamiert wird. Und ich bin auch nicht gewillt, als Parteivorsitzender des Landesverbandes hinzunehmen, daß ich zu Unternehmern komme, die mir sagen, wir haben doch der CDU Geld gegeben. Und wenn ich dann frage, wem denn, höre ich: Wir haben doch gerade soundso viel tausend Mark an den „Dialog“ überwiesen, das ist doch auch die CDU. Da muß ich Ihnen ganz offen sagen, dieser Stil, der dort gepflegt wird, ist so skandalös, das ist nicht die CDU, der ich angehöre. Ich habe oft genug mich auch über die „Soziale Ordnung“²⁵ geärgert, aber ich habe bisher noch nicht derartige Diffamierungen vorgefunden wie im „Dialog“.

Katzer: Ich schließe mich dem vollinhaltlich an. Ich werde das auch nicht schweigend hinnehmen. Ich war jetzt in fünf Betrieben in Baden-Württemberg, und überall werde ich konfrontiert mit unwarhen Äußerungen über die Mitbestimmungsgeschichte. Und wenn ich dann frage, wo haben Sie das her, höre ich, aus dem „Dialog“. Es wird für uns sehr wichtig sein, wie wir den Parteitag in Düsseldorf führen, aber ich kann Ihnen nur sagen, solche Geschichten, die eine bewußte Irreführung betreiben, die schaffen ein Klima, das wir genau nicht brauchen können. Doch da bitte ich, nicht uns dafür verantwortlich zu machen, sondern die, die uns zwingen, darauf zu reagieren.

24 Die Zeitschrift „Dialog“ erschien monatlich von Januar 1970 bis zu ihrer Einstellung im Mai 1973. Chefredakteur war Dr. Heinz Pentzlin, Geschäftsführer des Dialog-Verlags in Bonn war ehemalige Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates Dr. Herbert B. Schmidt. – Im „Dialog“ vom August 1970 (S. 28–30) erschien ein kritischer Artikel von Leo Schütze zum Thema „Die CDU-Sozialausschüsse und die ‚Neue Linke‘“. Im „Dialog“ vom Oktober 1970 (S. 42–45) kritisiert Herbert B. Schmidt Katzer und Kohl im Artikel „Katzer-Modell: Über die Parität hinaus“ und bricht eine Lanze für das Modell der Biedenkopf-Kommission zur Mitbestimmung.

25 „Soziale Ordnung. Christlich-Demokratische Blätter der Arbeit“, 1951 gegründetes Magazin der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft.

Kohl: Im „Neuen Betriebswirt“²⁶ steht abgedruckt, was der „Dialog“ über uns schreibt. Das ist doch ganz unmöglich.

Katzer: Es gibt noch einen zweiten Punkt, Herr Parteivorsitzender, den ich noch einmal zu behandeln bitte. Ein Gespräch hat stattgefunden mit dem Wirtschaftsrat, das sehr kurzfristig verschoben wurde und an dem ich leider nicht teilnehmen konnte, weil ich auf einer Sitzung der rheinischen CDU in Mönchengladbach war.²⁷ Die Frage des Status des Wirtschaftsrates ist seit Jahr und Tag immer und immer wieder vertagt und verzögert worden. Ich kann auch hier nur mit aller Behutsamkeit sagen, wenn dieser Punkt nicht geklärt ist bis zum Düsseldorfer Parteitag – das ist also nicht mehr sehr lange hin –, dann wird es über diesen Punkt vielleicht eine unangenehmere Auseinandersetzung geben als über Sachfragen, für die ich gar nicht so schwarz sehe, wenn wir alle miteinander vernünftig bleiben. Herr Vorsitzender, gerade auch der letzte Punkt ist ganz wichtig für die Sozialausschüsse, und unsere Delegierten und unsere Freunde werden sich zu diesem Punkt sehr nachhaltig zu Wort melden.

Stoltenberg: Ich schlage vor, daß wir bei der nächsten Sitzung des Präsidiums oder des Bundesvorstands diesen Punkt auf die Tagesordnung setzen, und falls bis dahin die Angelegenheit nicht geklärt ist, wir Herrn von Bismarck um seine Stellungnahme bitten.

Beim „Dialog“ ist das etwas schwieriger, weil ja die Gesellschafter des „Dialog“ – das sind ja einige Herren – ihre Gesellschaftsanteile abgegeben haben. Die Frage ist also, wer ist eigentlich hier die Adresse? (*Kohl:* Vielleicht sollte die CDU eine öffentliche Erklärung abgeben.) Ja, ich habe nichts dagegen, daß notfalls eine Erklärung abgegeben wird. Ich bin nur dafür, daß man vorher mal den Sachverhalt prinzipiell klärt, d. h. also, wieweit tragen die früheren Gesellschafter noch eine Mitverantwortung, wieweit tragen sie sie nicht? Ich bin dafür, bevor man eine öffentliche Diskussion führt, daß man das noch einmal klarzustellen versucht.

Kohl: Ja, wo geraten wir aber dann als Partei hin? Ich komme im Wahlkampf in einen großen Saal, da liegen vorne Druckschriften aus. Von der Bundesgeschäftsstelle so ein paar Flugblätter, und dann liegt aus – eine phantastische Zusammenstellung – das Exemplar der Deutschland-Stiftung²⁸ und das Exemplar des „Dialog“. Da frage ich Sie, wer glaubt, daß das eine Werbeveranstaltung ist für die CDU, und ich Esel gehe da noch hinein und rede für die CDU – und im „Dialog“ steht sinngemäß drin, ich sei links unterlaufen. Was meinen Sie, was das für einen überzeugten Eindruck macht.

Kiesinger: Natürlich werden wir uns sofort darum kümmern. Ich gebe zu, ich bin kein Leser des „Dialog“, deshalb ist mir auch manches nicht aufgefallen, worüber Sie sich jetzt inzwischen sicher mit Recht geärgert haben. Wer nun wirklich noch mitverantwortlich ist, das bedarf in der Tat einer Klärung.

26 Vermutlich „Neue Betriebswirtschaft“ 23. Jg. Heidelberg 1970.

27 23. Landesparteitag der CDU Rheinland am 6./7. November 1970 in Mönchengladbach. Niederschrift in ACDP 03–035–011/2.

28 Publikationsorgan der 1966 gegründeten Deutschland-Stiftung (Insolvenz 2003) war das seit 1969 erscheinende „Deutschland-Magazin“, vgl. LEXIKON S. 499.

Schwarz-Schilling: Ich wollte sagen, daß ja in einer Vorstandssitzung des Wirtschaftsrates diese Frage etwas geklärt worden ist und dem Geschäftsführer, Herrn George²⁹, auch klar der Auftrag gegeben worden ist, was er selber wollte, weil er stark bedrängt worden ist, ob das noch eine Sprachregelung des Wirtschaftsrates sei, daß er den Sachverhalt auch klar zu erkennen gibt. Und das hat er meines Erachtens auch getan. Ich meine, Sie wissen ja selber, einige personalpolitische Dinge stehen ja da im Hintergrund, die mit Herrn Dr. Schmidt³⁰ verbunden sind und der Abwicklung dieser Geschäftsführerfunktion. Ich glaube, daß das zu Recht nicht mehr dem Wirtschaftsrat angelastet werden kann, denn die Personen, die dort diese Frage behandelt haben, haben ja keineswegs mit dieser Sache etwas zu tun und würden das auch weit von sich weisen, was auch ganz besonders für meine Person gilt.

Aber, Herr Katzer, was ich nicht ganz weiß: Ich befinde mich hier immer in einer etwas merkwürdigen Lage. Sie sagen – ich glaube jetzt schon zum zweiten Male auf einer Sitzung –, was ist denn nun mit der juristischen Situation des Wirtschaftsrates. Und auf der anderen Seite, wenn man dasselbe im Vorstand fragt des Wirtschaftsrates, dann heißt es, ja da gibt es Expertisen und Gutachten und es fehlt eigentlich nur das Gespräch. Zu dem Gespräch war man öfter eingeladen, es ist aber nie zustande gekommen. Ich wäre doch schon sehr dankbar, wenn die wirklich Verantwortlichen dieses Gespräch führen würden.

Katzer: Das Gespräch ist ohne mich geführt worden, ich konnte nicht daran teilnehmen, weil ich bei der CDU Rheinland war.

Heck: Ich habe ja noch darüber zu berichten beabsichtigt.

Schwarz-Schilling: Herr Katzer hat es aber vorhin so dargestellt, daß, wenn hier nichts passiert, dann würde es Ende Januar zu einer schwierigen Situation kommen.

Heck: Also, ich möchte dazu einmal etwas sagen. Dieses Unternehmen „Dialog“ ist, glaube ich, ein Unternehmen, das organisiert wurde von Herrn Schmidt für Herrn Schmidt. Der Herr Schmidt wurde ja von dieser Wirtschaftsvereinigung, ohne das nach den Statuten notwendige Einvernehmen mit dem Generalsekretär herzustellen, zum Geschäftsführer der zu gründenden Wirtschaftsvereinigung bestellt. Ich habe dem Herrn Schmidt von mir aus die Zustimmung zu dieser Wahl verweigert. Und das war, glaube ich, der Anstoß, warum der Herr Schmidt aus dem Unternehmen Wirtschaftsrat überhaupt ausgeschieden ist. Aber, wie gesagt, um das zu ermöglichen, wurde von Herrn Schmidt für Herrn Schmidt dieser „Dialog“ gegründet. Soweit ich es übersehe, gibt es keine rechtlichen Bindungen und Verbindungen zwischen dem Wirtschaftsrat und dem „Dialog“. Der „Dialog“ ist praktisch in der Welt. Wie man ihn aus der Welt schaffen kann, weiß ich nicht. Offensichtlich gefällt er in der Tonart, in der er gehalten ist, einer Anzahl von Leuten, sonst würden sie ihn ja offensichtlich nicht finanzieren. Aber das ist ein Problem, das man mal untersuchen muß.

29 Dr. Haimo George (1933–1985), Jurist; 1970–1976 Geschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU e. V., 1976–1985 MdB (1982–1985 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion).

30 Dr. Herbert B. Schmidt (geb. 1932), 1964–1970 Geschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU e. V.

Zur anderen Sache muß ich einfach feststellen, daß beim Wirtschaftsrat – wie ich höre – oft erklärt worden ist, Herr Dr. Schwarz-Schilling, es sei alles geklärt, rechtlich usw. Es war aber nichts geklärt, sondern die rechtlichen Einwände, die gegen diesen Satzungsentwurf erhoben worden sind, sind nicht berücksichtigt worden. Und dann hat sich das Präsidium mit dieser Frage beschäftigt, und auf Vorschlag von Herrn Katzer wurde dann beschlossen, daß die Beteiligten an einen Tisch geholt werden, weil es sich im Grunde zunächst nicht um juristische Fragen handelte, sondern um eine politische Frage. Wenn eine politische Entscheidung in dieser Sache getroffen worden ist, dann müßte man schlechte Juristen haben, die nicht in der Lage wären, für diese politische Konstruktion, für die man sich entschieden hat, dann rechtlich eine einwandfreie Form zu finden. Diese Besprechung hat stattgefunden und ergab folgendes Bild:

1. Wir haben zunächst eine Mittelstandsvereinigung, die nach den Statuten gedeckt ist, die nicht beabsichtigt, sich aufzulösen und in einer Wirtschaftsvereinigung aufzugehen.

2. Wir haben einen Wirtschaftsrat, der nicht ohne Mitwirkung der Parteiführung in der Form, wie er heute existiert, gegründet worden ist. Er hat die Billigung des damaligen Geschäftsführenden Vorstandes und Vorstandes, wie er heute existiert, gefunden. Die Frage an die Herren des Wirtschaftsrates, ob sie bereit wären, sich als Wirtschaftsrat in eine Wirtschaftsvereinigung umzuwandeln, wurde klar und präzis verneint. Das ist der zweite Tatbestand.

Dann haben wir im Rheinland eine Wirtschaftsvereinigung. Wir haben in anderen Landesverbänden Wirtschaftsausschüsse. Es gibt also verschiedenerlei Konstruktionen. Die Herren vom Rheinland waren im Grunde der Meinung, daß, weil es im Rheinland eine Wirtschaftsvereinigung gäbe, eigentlich auf Bundesebene die Wirtschaftsvereinigung notwendig sei und dann eine analoge Konstruktion durch alle Landesverbände durch. Nun ist die Auffassung natürlich nicht zwingend, wenn ein Landesverband eine Vereinigung gründet, daß dann die Bundespartei gehalten ist, das auf Bundesebene zu organisieren, zumal die Frage die wäre, soll man nun die Wirtschaftsvereinigung des Rheinlands zum Vorbild nehmen oder was es sonst noch an Vereinigungen im Lande herum gibt.

Nun, bei dieser Sachlage gibt es im Grunde nur zwei Lösungsmöglichkeiten, entweder die eine, daß man eine Wirtschaftsvereinigung ins Leben ruft, die zwei Untergliederungen hat: auf der einen Seite die Wirtschaftsvereinigung, wie sie besteht; auf der anderen Seite den Wirtschaftsrat, wie er besteht, wobei aber nun nach den Statuten präzis geklärt werden müßte, das was als Wirtschaftsvereinigung fungiert, und zwar im Verhältnis zur Partei, auch den Bestimmungen entsprechen muß, die auch für die übrigen Vereinigungen gelten. Das ist eine Möglichkeit. Und wenn man diese Möglichkeit ablehnt, gibt es nur die zweite Möglichkeit, nämlich die, entweder den Wirtschaftsrat in seiner jetzigen Form, nicht als Vereinigung, sondern lockerer angegliedert an die Partei, wie er schon einmal, vom Parteivorstand mit Mehrheit beschlossen, gebilligt worden ist, zu bestätigen, zu belassen oder von ihm offiziell abzurücken und dann unabhängig davon die Wirtschaftsvereinigung ins Leben zu rufen. Ich halte den letzteren Weg ganz offen gestanden nicht für gangbar, ohne daß die Partei schweren

Schaden erleidet. Deswegen ergibt sich für mich eigentlich nur eine mögliche Lösung, nämlich die, diese Wirtschaftsvereinigung mit den zwei Unterformationen – Mittelstandsvereinigung, Wirtschaftsrat. Ich muß hier sagen, daß von den Herren der rheinischen Wirtschaftsvereinigungen erklärt wurde, daß das also ihren Vorstellungen nicht entspricht, daß sie der Auffassung seien, es wäre besser, wenn man eine Wirtschaftsvereinigung, so nach dem Vorbild, wie sie im Rheinland existiert, ins Leben rufen könnte. Und ich muß darauf aufmerksam machen, daß Dr. Blüm erklärte, er könne sich nicht vorstellen, wie eine solche Konstruktion – Wirtschaftsvereinigung mit den zwei Unterformationen – in eine juristisch einwandfreie Form gebracht werden könnte. Aber diese Diskussion habe ich in diesem Kreis nicht weitergeführt und nicht weiterführen lassen, weil diese Frage in dem Kreis nicht zu klären war. Das ist eine Sache, die müssen die Juristen klären. Der anwesende Jurist, Herr Staatssekretär a. D. Barth, der Vorsitzende des Bundesparteigerichts, hat erklärt, daß das ohne weiteres möglich sei. Das ist also das Ergebnis dieser Besprechung.

Schmücker: Das ist mir bekannt, daß die rheinische Landespartei eine Wirtschaftsvereinigung befürwortet. Ich möchte aber betonen, daß die meisten Landesverbände das ablehnen, daß die meisten Landesverbände das Nebeneinander, d. h. nämlich Gegeneinander, einer Wirtschaftsvereinigung und einer Mittelstandsvereinigung ablehnen.

Katzer: Es ist doch praktisch so: Wir haben eine Satzung, und in dieser Satzung gibt es zwei Möglichkeiten. Das ist einmal der Ausschuß. Die Fachausschüsse sind zur Beratung des Vorstandes da, haben keine Publizität, sie wirken nur intern zur Fachberatung. Anders die Vereinigungen – Frauenvereinigung, Sozialausschüsse, Junge Union usw. –, die haben einen ganz klaren Status. Sie haben Mitglieder und Nichtmitglieder und sind aber eingebaut in die Verantwortung der Union. Und dann kam der Wirtschaftsrat und hat sich weder an das eine, noch an das andere Modell angelehnt. Ich habe damals darauf verwiesen und habe gesagt, das gibt es gar nicht in unserer Satzung. Da sagte Konrad Adenauer: Lassen Sie die nur über die ... [Auslassung in der Vorlage] stolpern.³¹ Schön, jetzt ist also ein Wirtschaftsrat e. V. gegründet worden, der in diese Satzung einfach nicht hineinpaßt. Und mit Herrn Scheufelen, der damals Vorsitzender war, mit dem habe ich viele Gespräche geführt, und der hat gesagt: Herr Katzer, Sie haben recht, aber geben Sie uns ein bis zwei Jahre doch mal Zeit, wir kommen sonst nicht an die Unternehmer heran. Und ich sage, ich bejahe und begrüße es, daß wir so viele Unternehmer wie möglich in die Union bekommen. Ich halte das für notwendig, damit dieser „Dialog“ wirklich mit möglichst starken Unternehmerpersönlichkeiten gestärkt wird. Nur wollen wir nicht – und das kann auch die Partei nicht wollen –, daß die ein Eigenleben führen, unkontrolliert von der Partei, siehe die Bestellung des Geschäftsführers. Wenn wir den Geschäftsführer stellen müssen, haben

31 Zu den in der Bundesvorstandssitzung am 25. Februar 1964 vorgetragenen Bedenken Katzers über die Gründung des Wirtschaftsrates vgl. PROTOKOLLE 4 S. 673–675. – Adenauer hatte im CDU-Präsidium seine „Besorgnis“ über die Gründung ausgedrückt (Protokoll vom 9. Dezember 1963 in ACDP 07–001–1401).

wir in der Satzung den Weg vorzuschlagen, der gegangen werden muß. (*Heck*: Das wird insgesamt etwas großzügig gehandhabt.) Ich will nur sagen, das gilt für alle. Der muß sich da beugen, und deshalb bin ich auch der Meinung, daß diese heutige Geschichte nicht der Weg sein kann, der gegangen werden muß, und ich muß Herrn Scheufelen daran erinnern, daß er gesagt hat, wir wollen uns als Vereinigung stabilisieren, nur scheitert das im Augenblick an Kurt Schmücker. Schmücker hat seine Mittelstandsvereinigung, und die möchte er erhalten wissen, denn er will nicht, daß nachher in einer solchen Vereinigung der Mittelstand einfach aufgelöst wird. Da habe ich gesagt, in Gottes Namen, macht zwei Vereinigungen, was auch nicht schön ist. Aber das Problem Wirtschaftsrat, d. h. eine unkontrollierte Gruppierung innerhalb der Union, die nur die Rechte, aber keine Pflichten wahrnimmt, das scheint mir nicht möglich zu sein.

Stoltenberg: Ich würde empfehlen, darüber noch einmal anhand einer schriftlichen Vorlage zu sprechen.

Heck: Es hat keinen Sinn, das jetzt hier weiter zu behandeln. Man muß darüber eine Entscheidung fällen.

Kiesinger: Ich würde vorschlagen, daß wir das gut vorbereiten, vielleicht schon für die nächste Präsidiumssitzung. Ich sehe es genau wie Sie, es ist eine recht schwierige Sache.

Heck: Wir haben es natürlich auch vom Vorstand immer vor uns hergeschoben, weil man auch im Vorstand der Entscheidung aus dem Wege gehen wollte.

Kiesinger: Gut. – Ich schlage vor, daß wir jetzt den Antrag der Mittelstandsvereinigung auf Gewährung eines Zuschusses für den Mittelstandskongreß beschließen. Es ist ein außerplanmäßiger Zuschuß von 25.000 DM vorgesehen. Sind Sie damit einverstanden? (*Einstimmiger Beschluß des Bundesvorstands.*)